

Kali-BI fordert klare Aussagen von Minister

Lies muss bei vielen Fragen auf Verfahren verweisen

GIESEN. Die Bürgerinitiative Giesen-Schacht ist nicht zufrieden mit Erklärungen des niedersächsischen Wirtschaftsministers Olaf Lies zur möglichen Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen im Landtag. Der SPD-Politiker hatte dort eine Anfrage mit insgesamt 25 Einzelfragen zahlreicher CDU-Abgeordneter rund um das Projekt beantwortet.

Lies verweist im Wesentlichen auf das laufende Genehmigungsverfahren beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) – zum Beispiel bei Fragen nach einem zweiten Kaliberg oder nach einem „Interessenausgleich“ zwischen den Interessen des Konzerns Kali + Salz und den betroffenen Anliegern nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Besonders hatten die Abgeordneten auch nach einer neuen Entlastungsstraße gefragt, bei der unklar ist, ob die Gemeinde Giesen oder Kali + Salz sie im Fall der Fälle bezahlen würden. Das sei „privatrechtlich zwischen der Gemeinde und dem Unternehmen zu regeln“, sagte Lies dazu, das Land habe da gar nicht mitzureden.

Der Bürgerinitiative ist das zu wenig. Sie vermisst ein „klares Bekenntnis, die Erschließungskosten des Werkes ausschließlich dem Betreiber zu übertragen“. Müsse die Gemeinde die neue Straße bezahlen, gehe das zu Lasten der Anwohner – das sei „kontraproduktiv für die Akzeptanz in der Bevölkerung“. Zudem ärgert sich BI-Sprecher Ingo Fietz, dass Minister Lies nicht näher definiert habe, was er mit „Verhältnismäßigkeit“ meint. In Sachen Kaliabbau warten derzeit alle Beteiligten auf den Erörterungstermin, wo Kali + Salz, BI und andere Interessengruppen ihre Sicht der Dinge zu einzelnen Punkten darstellen und mit den anderen Beteiligten sowie der Genehmigungsbehörde diskutieren können. Ursprünglich war dieses Treffen für September geplant, es wird aber auf jeden Fall später werden.

Gespannt verfolgen die Beteiligten zudem den Versuch des kanadischen Kali-Riesen Potash, Kali + Salz zu übernehmen. Das Kasseler Unternehmen hatte eine erste Offerte aus Kanada abgelehnt und sogar vergeblich versucht, den Staat um Hilfe zu bitten. Inzwischen haben schwächere Bilanzzahlen von Potash in der Branche Spekulationen ausgelöst, die Kanadier könnten die Milliarden-Übernahme letztlich doch nicht stemmen. abu